

Zur Arbeit des Rechtsausschusses auf der 34. Tagung der UN-Vollversammlung

Dr. GUNTER GÖRNER, WOLFGANG HAMPE und Dr. ROLF MEISSNER, Berlin

Die 34. Tagung der UN-Vollversammlung* zeigte, daß die große Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten für die Fortsetzung und Vertiefung der Politik der Entspannung und gegen das imperialistische Wetttrüben eintritt. Die Debatten im Rechtsausschuß, in dem wichtige Aktivitäten der UNO zur Kodifikation und Weiterentwicklung des Völkerrechts zusammenlaufen, widerspiegeln dabei augenscheinlich die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen internationalen Beziehungen. Deutlicher als zuvor standen sich diejenigen Kräfte, die konsequent und beharrlich für die Fortführung der Entspannungspolitik eintreten, und jene Kräfte gegenüber, die „in der Entspannung ein Hindernis für ihre aggressiven Pläne, für das Entfachen einer militaristischen Psychose und für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker sehen“.¹

Die Auseinandersetzung um wichtige Kodifikationsprojekte hat sich im Rechtsausschuß besonders zwischen den sozialistischen Staaten und den Entwicklungsländern einerseits und den imperialistischen Staaten andererseits verschärft, wobei in der Gruppe der Entwicklungsländer eine Verstärkung des Differenzierungsprozesses zu beobachten war. Die kompliziertere Lage im Rechtsausschuß kam u. a. darin zum Ausdruck, daß weniger Resolutionen als in den Vorjahren durch Konsensusentscheidungen angenommen werden konnten.

Hohe Priorität für den Abschluß eines Weltvertrags über Gewaltverzicht

In seiner Grundsatzerklärung vor der 34. Tagung der UN-Vollversammlung hob der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Oskar Fischer, hervor, „daß Stabilität und Vertrauensbildung nicht nur ein regionales, sondern zugleich ein globales Problem sind. Deshalb gebührt dem Abschluß eines Weltvertrags über die Nichtanwendung von Gewalt hohe Priorität. Sein Zustandekommen würde die Gefahr von Aggression und militärischen Konflikten eindämmen. In seinem Rahmen wäre auch ein generelles Verbot der Anwendung von Kernwaffen möglich. Das in der UN-Charta verbriefte Recht auf Selbstverteidigung im Falle einer Aggression bleibt dabei unangetastet. Schließlich soll doch gerade auch mit diesem Vertrag ein Zustand begünstigt und herbeigeführt werden, in dem es nicht mehr erforderlich ist, auf dieses Recht zurückzugreifen“.²

Über den Bericht des 1977 auf Initiative der UdSSR geschaffenen „Sonderausschusses für die Erhöhung der Effektivität des Prinzips der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen“³ fand im Rechtsausschuß der 34. UN-Vollversammlung eine lebhafte Aussprache statt, an der sich die Delegierten von 71 Staaten beteiligten. Die Vertreter der sozialistischen Staaten, der Entwicklungsländer sowie einiger kapitalistischer Staaten begrüßten es, daß der Sonderausschuß sein Hauptaugenmerk auf die Ausarbeitung eines Weltvertrags über Gewaltverzicht gerichtet und zu diesem Zweck die einzelnen Artikel des von der UdSSR unterbreiteten Vertragsentwurfs⁴ erörtert hat. Daß dabei Fortschritte erreicht werden konnten, ist vor allem dem Auftreten derjenigen Staaten zu verdanken, die ihre grundsätzliche Zustimmung zum Vertragsentwurf mit konstruktiven Vorschlägen zu seiner

Ergänzung verbanden, und ebenso der Bereitschaft der Delegation der UdSSR, diese Vorschläge sorgfältig zu prüfen und weitgehend zu berücksichtigen.

Auch während der Debatte im Rechtsausschuß der 34. UN-Vollversammlung wurde eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, auf die der sowjetische Vertragsentwurf zwar bereits prinzipiell orientiert, die aber nicht ausdrücklich in ihm formuliert wurden. So sprachen sich die Vertreter Algeriens, Bangladeshs, Syriens, Nigers, Iraks, des Libanon, Venezuelas und anderer Staaten dafür aus, im Vertrag zu bekräftigen, daß die Verpflichtung zur Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen in keiner Weise das Recht der Staaten auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung i. S. des Art. 51 der UN-Charta sowie das Recht kolonialistisch, rassistisch oder durch andere Formen der Fremdherrschaft unterdrückter Völker auf einen erforderlichenfalls auch bewaffneten Befreiungskampf beeinträchtigt.⁵ Die Repräsentanten Indiens und anderer Entwicklungsländer schlugen vor, im Weltvertrag eindeutig festzulegen, daß keinerlei Gebietswerbungen, die aus der Androhung oder Anwendung von Gewalt resultieren, als rechtmäßig anerkannt werden dürfen.⁶

Die Debatte im Rechtsausschuß zeigte erneut, daß die große Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten die baldige Ausarbeitung eines Weltvertrags über Gewaltverzicht unterstützt; sie verdeutlichte aber zugleich, daß die USA, Großbritannien und andere imperialistische Staaten nach wie vor alles unternehmen, um den Abschluß eines solchen Vertrags zu hintertreiben. Weder im Sonderausschuß noch im Rechtsausschuß unterbreiteten die imperialistischen Hauptmächte auch nur einen einzigen konstruktiven Vorschlag zur Konkretisierung und Weiterentwicklung des völkerrechtlichen Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen. Sie versuchten statt dessen wiederum, die Nützlichkeit eines solchen Vertrags in Zweifel zu ziehen und ihn durch eine „Untersuchung“ der Ursachen von Konflikten und der Methoden ihrer Beilegung zu ersetzen.

Im Ergebnis der Debatte wurde von 28 Staaten, darunter der DDR, ein Resolutionsentwurf vorgelegt, in dem ebenso wie in der Resolution 33/96 vom 16. Dezember 1978 vorgeschlagen wurde, daß der Sonderausschuß seine Arbeit mit dem Ziel fortsetzen soll, zum frühestmöglichen Zeitpunkt den Entwurf eines Weltvertrags über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen sowie über die friedliche Beilegung von Streitfällen oder andere Empfehlungen auszuarbeiten, die der Ausschuß für angebracht hält. Einen Bericht über seine Arbeit soll der Sonderausschuß der 35. Tagung der UN-Vollversammlung vorlegen. Um erneute langwierige Diskussionen darüber zu vermeiden, welche Aufgaben der Sonderausschuß mit Vorrang zu erfüllen hat, wurde im Vergleich zur Resolution 33/96 ein zusätzlicher Präambelparagraph aufgenommen, in dem die UN-Vollversammlung ihre Hoffnung zum Ausdruck bringt, daß der Entwurf eines Weltvertrags über Gewaltverzicht so bald als irgend möglich fertiggestellt wird.

Dieser Resolutionsentwurf wurde am 22. Oktober 1979 vom Rechtsausschuß mit 91 Stimmen bei 14 Gegenstimmen und 11 Stimmenthaltungen angenommen. In der Abstimmung in der UN-Vollversammlung am 9. November 1979 sprachen sich 71 Staaten für die Resolution 34/13 aus, wäh-